

Es geht auch anders: KPÖ-Politikerinnen und -Politiker spenden einen großen Teil ihres Einkommens



Für alle KPÖ-Politiker gilt eine Einkommensgrenze von maximal 2.200 Euro netto aus ihren Bezügen als Politiker. Der Rest wandert in einen Sozialfonds. 2012 spendeten die Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und die Grazer Stadträtin Elke Kahr 127.622 Euro. Insgesamt wurden bereits 1,3 Millionen Euro in den Sozialfonds eingezahlt, um weniger begüterten Steirern schnell und unbürokratisch zu helfen. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Ich behalte mir von meinem Einkommen lediglich 2.100 Euro. Uns KPÖ-Politikern geht es darum, daß wir uns mit unseren Einkommen von der Masse der arbeitenden Menschen nicht entfernen. Wer vier- oder fünftausend Euro verdient, hat keine Ahnung vom Leben eines Durchschnittsverdieners.“

KPÖ hält Wort: 4.935 Euro an BH zurückgezahlt

Seit Jahr und Tag bekommen die in den Gemeinderäten unseres Bezirks vertretenen Parteien jährlich ein sogenanntes „Schulungsgeld“ für ihre Gemeinderäte. Dieses Geld zahlt die Bezirkshauptmannschaft aus, wird aber aus den Budgets der Gemeinden gespeist. Derzeit werden 5,41 Euro pro Wahlberechtigtem eingehoben. 2006 wurde der Betrag erhöht und mit einer Wertsicherungsklausel versehen. Einzig die KPÖ hat gegen diese Erhöhung gestimmt. Seither zahlte die KPÖ bereits 25.880 Euro zurück und widmete diesen Betrag sozialen Zwecken.



Am 14. April:



Gabi Leitenbauer

KPÖ
Liste 5

Impressum: KPÖ, 8700, Pestalozzistraße 93

Liebe Trofaiacherin, lieber Trofaiacher!

„Wenn Sie der Meinung sind, es ist gut, daß die KPÖ im Gemeinderat und im Stadtrat ihre Stimme erhebt und ich meine Arbeit als Vizebürgermeisterin fortsetzen soll, bitte ich Sie am 14. April um Ihre Stimme. Sollten Sie an diesem Tag verhindert sein, können Sie bereits am Freitag, 5. April, an der vorgezogenen Wahl teilnehmen. Ich kann Ihnen versprechen, ich werde meine Arbeit so fortsetzen, wie Sie mich über all die Jahre kennengelernt haben.“

Ihre Gabi Leitenbauer

Gemeinderatswahl Trofaiach 14. April

- Freunderlwirtschaft
- Gebührenerhöhungen?
- Belastungen
- Ausverkauf

Schluß damit!



KPÖ

Klein – aber mit Biß

Gabi Leitenbauer: Die läßt Sie nicht im Stich!

Gabi Leitenbauer und die KPÖ lassen sich im Gemeinderat vom Grundsatz leiten: das Leben der „Menschen wie Du und Ich“ zu verbessern und deren Sorgen ernst zu nehmen. Konzerne, Banken und Privilegierte haben keine Unterstützung notwendig. Gabi Leitenbauer schaut lieber auf die einfachen Menschen. Vieles, was im Gemeinderat gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen wurde, hat sich als Nachteil für die Bevölkerung erwiesen. Der Verkauf von knapp der Hälfte unserer Stadtwerke an Judenburg bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Verkauf der Hälfte unseres Gebührenhaushaltes. Die Gewinne von Strom, Wasser, Müllabfuhr und Kanal gehen zur Hälfte an die Stadtwerke Judenburg. Die geben den Takt vor, während unsere Bürger zahlen müssen. Die Mitsprache des Gemeinderates bei den Stadtwerken wurde ausgeschaltet. Wäre es nach Bürgermeister Abl gegangen, hätte die Bevölkerung mitten im Wohngebiet ein Krematorium vor die Nase gesetzt bekommen. Eine Bürgerinitiative hat das verhindert. Einzig die KPÖ hat die Anrainer von Anfang an im Gemeinderat unterstützt. Während unten gespart wird, schmeißt man oben das Geld beim Fenster hinaus. Beim neuen Hauptplatz wurden die Baukosten um 35 Prozent überschritten; 812.000 Euro hat der „Spaß“ gekostet. Statt für eine zukunftsfähige S-Bahn einzutreten, wurde auf ein verdichtetes Buskonzept gesetzt, um der OKVG nicht ins Handwerk zu pfuschen. Deren ehemaliger Geschäftsführer saß als Obmann des Verkehrsausschusses für die SPÖ im Gemeinderat. Dafür sitzt Trofaiach jetzt zwischen allen Stühlen; es gibt keine S-Bahn und kein Buskonzept. Die KPÖ hatte nur 5 von 25 Sitzen im Gemeinderat und einen von 5 Sitzen in der Stadtregierung. Trotzdem konnte sie einiges durchsetzen: Die desolaten Balkone in der Reichensteinstraße werden endlich saniert, in Trofaiach-Nord kommt vielleicht doch ein Nahversorger, eine Luftgütemeßstation wurde errichtet. Vieles wurde gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen: Die extreme Erhöhung der Hundesteuer, die jährlichen Gebührenerhöhungen bei Müll, Wasser, oder Kanal, die Errichtung eines Krematoriums, der Verkauf unserer Stadtwerke oder die Kürzung der Subventionen für unsere ehrenamtlichen Vereine. Da war die KPÖ gerne der einzige Nein-Sager.



Klein, aber mit Biß

KPÖ

Liste 5



Dafür haben sich KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer und die KPÖ-Gemeinderäte eingesetzt:

Verhinderung des Krematoriums

Bürgermeister Mario Abl und der Vorstand der Stadtwerke Trofaiach wollten unsere Bevölkerung mit einem Krematorium mitten im Wohngebiet „beglücken“. Eine Bürgerinitiative trat dagegen auf und brachte das Projekt schließlich zu Fall. Im Gemeinderat unterstützte einzig die KPÖ von Anfang an die Anrainer. Alle anderen Parteien warfen der KPÖ Panikmache vor.

Wohnen

Mieterinnen und Mieter müssen zu ihrem Recht kommen. Deshalb bietet die KPÖ seit Jahren eine kostenlose Mieterberatung und unterstützt Mieter bei der Durchsetzung ihrer Forderungen vor Gericht. Die KPÖ fordert für Trofaiach die Einrichtung einer Schlichtungsstelle auf der Gemeinde, um Betroffenen den Gang zum Bezirksgericht zu ersparen. Sie trägt Wohnungsfragen immer wieder in den Gemeinderat und lehnt dort Verteuerungen der Betriebskosten konsequent ab. Sie tritt für ein ruhiges Wohnumfeld ein. Deshalb hat sich die KPÖ als einzige Partei im Gemeinderat gegen die Öffnung der Bergmannsgasse- und Wiesengasse ausgesprochen und tritt seit Jahren vehement für eine Verkehrsberuhigung in der Langfelderstraße auf.

Stadtwerke

In diesem wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge – Wasser, Müllabfuhr, Kanal, Strom – wurden die Kompetenzen des gewählten Gemeinderates Schritt für Schritt abgebaut. Jetzt haben SPÖ, FPÖ und ÖVP die Hälfte unserer Stadtwerke verkauft. Einzig die KPÖ war dagegen. Jetzt beschließt Bürgermeister Abl mit einem Vertreter der Stadtwerke Judenburg in der Generalversammlung alleine. Während der Gewinn der Stadtwerke steigt, werden die Trofaiacher jährlich mit Gebührenerhöhungen belastet und Beschäftigte abgebaut. Die KPÖ fordert den Rückkauf unserer Stadtwerke und die Aufstockung des Personals.

Erhalt und Ausbau der Infrastruktur

Eine gute kommunale Infrastruktur trägt zum Wohlergehen der Bürger bei. Die Infrastruktur ist durch den Sparkurs von Land und Gemeinde in Gefahr. Als Vorleistung für die Gemeindefusion wurde die Volksschule in Hafning bereits geschlossen, zwischenzeitlich das Gebäude bereits abgetragen. Die Abfallwirtschaftszentren in Gai und Hafning sind bereits Geschichte. Die KPÖ fordert: Volksschule und Kindergarten in Gai müssen unbedingt erhalten bleiben, auch wenn der neue SPÖ-Landesrat Schickhofer sagt: „Wenn wir jetzt nur noch 285 Gemeinden haben, kann das auch Auswirkungen auf die Kindergarten- und Schulstandorte haben.“

Gabi Leitenbauer: Die läßt Sie nicht im Stich KPÖ-Gabi Leitenbauer – Liste 5



Gabi Leitenbauer
Angestellte



Jürgen Enser
Angestellter



Benjamin Dianat
Student



Helmut Edlinger
Dreher



DI Katharina Dianat
Bäuerin, Agraringenieurin



Manfred Rössler
Operationsgehilfe, parteilos

weiteres kandidieren unter anderem:

- Gottfried Göschl**, Angestellter, parteilos
- DI Dr. Christian Weiß**, Verfahrenstechniker, parteilos
- Karl Russheim**, Pensionist
- Wolfgang Rössler**, Pensionist, Künstler, parteilos
- Ulrike Rössler**, Hebamme, parteilos
- Renate Pontesegger**, Pensionistin, parteilos
- Astrid Högl**, Pflegehelferin, parteilos

KPÖ - Gabi Leitenbauer für:

Gebührenstopp

Die KPÖ meint, das Leben für die einfachen Menschen ist bereits teuer genug. Während Löhne, Gehälter und Pensionen weit hinter der Geldentwertung zurückbleiben, werden Heizen, Wohnen, Energie und Lebensmittel immer teurer. Auch in Trofaiach werden die Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr jährlich erhöht. In Gai wurde sogar eine zusätzliche Bereitstellungsgebühr bei Wasser und Kanal eingeführt; trotz ohnehin bereits hoher Gebühren. Gabi Leitenbauer sagt: diese Bereitstellungsgebühr muß weg, dafür muß endlich ein Gebührenstopp her!

Schluß mit Privilegien und Freunderwirtschaft

In Zeiten, in denen immer mehr Mitbürger von ihrem Einkommen oder ihrer Pension kaum leben können, bezieht Bürgermeister Abl zwei Gehälter aus Steuermitteln. SPÖ-Gemeinderat Jürgen Rohde schied, um dem Gesetz Genüge zu tun, unmittelbar vor Auflösung des Gemeinderates aus dem Gemeinderat aus und wurde dann zum Bauhofleiter bestellt. Einzig die KPÖ hat diese Vorgangsweise kritisiert. Sie spricht sich vehement dagegen aus, Großbetriebe mit doppelten Wirtschaftsförderungen zu ködern. Das ist ungerecht gegenüber unseren einheimischen Wirtschaftsbetrieben. Deshalb hat die KPÖ als einzige Partei im Gemeinderat gegen eine Sonderförderung an eine niederländische Transportfirma gestimmt.

Öffentliches WC

Die KPÖ fordert die Errichtung eines öffentlichen WCs beim Fachmarktzentrum in Trofaiach West. Hier gibt es immer wieder Probleme, wenn Bürgerinnen und Bürger die WCs der Geschäfte benutzen wollen.

Eislaufplatz

Die KPÖ fordert seit langem wieder einen Natureislaufplatz in unserer Stadt.

City-Bus und S-Bahn

Die KPÖ fordert eine S-Bahn von Leoben nach Trofaiach und die Ausweitung des Citybusses mit Regelverkehr nach Gai und Hafning.

Information und Kontrolle

Mit der Zeitung „Trofaiacher Nachrichten“ wird die Bevölkerung draußen darüber informiert, was drinnen vorgeht. Hier erfahren die Trofaiacher was im Gemeinderat und im Stadtrat beschlossen wird. Weil Gabi Leitenbauer aus den nicht öffentlichen Sitzungen des Stadtrates berichtet hat, wurde sie von Bürgermeister Abl bei der Bezirkshauptmannschaft angezeigt. Das Verfahren wurde eingestellt.

